



UNIVERSITY OF LEEDS

This is a repository copy of *Journalismus und Politik*.

White Rose Research Online URL for this paper:
<http://eprints.whiterose.ac.uk/143654/>

Version: Accepted Version

Book Section:

Wessler, H and Rinke, EM orcid.org/0000-0002-5330-7634 (2016) *Journalismus und Politik*. In: Löffelholz, M and Rothenberger, L, (eds.) *Handbuch Journalismustheorien*. Springer VS , Wiesbaden, Germany , pp. 639-653. ISBN 978-3-531-18157-8

https://doi.org/10.1007/978-3-531-18966-6_39

© 2016 Springer Fachmedien Wiesbaden. This is a post-peer-review, pre-copyedit version of a chapter published in *Handbuch Journalismustheorien*. The final authenticated version is available online at: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18966-6_39. Uploaded in accordance with the publisher's self-archiving policy.

Reuse

Items deposited in White Rose Research Online are protected by copyright, with all rights reserved unless indicated otherwise. They may be downloaded and/or printed for private study, or other acts as permitted by national copyright laws. The publisher or other rights holders may allow further reproduction and re-use of the full text version. This is indicated by the licence information on the White Rose Research Online record for the item.

Takedown

If you consider content in White Rose Research Online to be in breach of UK law, please notify us by emailing eprints@whiterose.ac.uk including the URL of the record and the reason for the withdrawal request.



eprints@whiterose.ac.uk
<https://eprints.whiterose.ac.uk/>

Veröffentlicht als:

Wessler, Hartmut und Eike Mark Rinke. 2016. "Journalismus und Politik." In *Handbuch Journalismustheorien*, herausgegeben von Martin Löffelholz und Liane Rothenberger, 639–53. Wiesbaden: Springer VS.

Dies ist ein angenommenes Manuskript („Postprint“) eines Buchkapitels, das von Springer VS am 22. Dezember 2015 im „Handbuch Journalismustheorien“ veröffentlicht wurde. Die finale Version ist hier verfügbar: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18966-6_39

9.3 Journalismus und Politik¹

Hartmut Wessler, Eike Mark Rinke

Was soll Journalismus für demokratische Politik leisten?

Das Verhältnis von Journalismus und Politik gehört zu den am besten untersuchten Feldern der Journalismusforschung. Das hat zum Einen mit der langen Vorherrschaft des Politikressorts in der innerredaktionellen Hierarchie zu tun, die die politischen Aspekte des Journalismus bevorzugt in das Blickfeld der Journalismusforschung gerückt hat. Zum Zweiten hat das Ausmaß der Forschung zu diesem Bereich innerwissenschaftliche Gründe: Von der Propagandaforschung angefangen bis zur modernen Wahlkampfkommunikation liegen die politischen Funktionen der journalistischen Nachrichtengebung und Kommentierung im Mainstream der kommunikationswissenschaftlichen Fachtradition. Was die Journalismusforschung zu diesem Bereich zu sagen hat, überschneidet sich daher in nicht geringem Maße mit einem anderen prominenten Feld der Kommunikationswissenschaft: der Forschung zur politischen Kommunikation. Die Interrelation zwischen Journalismus und Politik genießt aber noch aus einem dritten Grund hohe Aufmerksamkeit: Wie keine andere Außenbeziehung des Journalismus spricht sie die normativen Grundfragen an, die für das Nachdenken über Demokratie zentral sind. Denn: „Politische Herrschaft in der Demokratie ist zustimmungsabhängig und begründungspflichtig. [...] Erst im modernen demokratischen Verfassungsstaat werden Information und Kommunikation zu legitimitätskonstitutiven Größen“ (Sarcinelli 1998, 253 f.). Gesellschaftliche Bedürfnisse, Interessen und Forderungen müssen ebenso kommuniziert werden wie politische Programme, Entscheidungen und Images. In dem Maße, wie Journalismus die gesellschaftsweite Kommunikation über demokratische Politik nach wie vor filtert und strukturiert (manche würden sagen: konstruiert), in dem Maße bleibt auch die Interrelation von Journalismus und Politik zentraler Gegenstand normativer Reflexion.

Wir beschäftigen uns in diesem Kapitel daher mit normativen Theorien zur Rolle des Journalismus in der Demokratie und mit empirischen Erkenntnissen, die aus der Perspektive dieser Theorien relevant sind. Für die Beschäftigung mit diesen Fragen ist in Deutschland der Begriff der Öffentlichkeit zentral. Wir orientieren uns hier an derjenigen Literatur, die Öffentlichkeit (a) als ein normatives Konzept versteht, das für verschiedene, konkurrierende Traditionen der Demokratietheorie zentral ist, und (b) auf ihre empirische Anschlussfähigkeit Wert legt (vgl. Ferree et al. 2002). Öffentlichkeit lässt sich als ein sozialer Raum verstehen, in dem unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen ausgedrückt, allgemein interessierende Fragen diskutiert, kollektive Lösungen kommunikativ entwickelt und an Bürger wie politische Eliten adressiert werden (Wessler 2008a). Aufgrund der Vielzahl der medialen

¹ Dieser Beitrag basiert in Teilen auf Ausführungen in Wessler und Rinke (2013b).

und nichtmedialen Foren wird Öffentlichkeit zumeist als ein Netzwerk aus Teilöffentlichkeiten aufgefasst, die sich jedoch vielfach gegenseitig beobachten. Der Begriff wird daher heute häufig im Plural verwendet. Normative Öffentlichkeitsvorstellungen geben ideale Merkmale öffentlicher Kommunikation an, spezifizieren Bedingungen ihrer Verwirklichung und ermöglichen eine kritische Bewertung tatsächlicher Kommunikationsverhältnisse. Sie ermöglichen damit ein systematisches, theoriegetriebenes *normative assessment* empirischer Erkenntnisse zum Verhältnis von Journalismus und Politik (Althaus 2012) und sie leiten diejenige empirische Forschung an, die nach den realen Potenzialen der Verwirklichung normativer Idealvorstellungen sucht.

Drei normative Traditionen

Vereinfachend lassen sich im Feld der normativen Öffentlichkeitstheorien drei Traditionen unterscheiden: die liberale, die deliberative (vgl. auch Beitrag 6.2) und die agonistische Tradition (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Normative Anforderungen an Öffentlichkeit: Drei Traditionen

| | Zentrale Metapher(n) für Öffentlichkeit | Wer soll kommunizieren? | Wie soll kommuniziert werden? | Mit welchem Ergebnis soll kommuniziert werden? |
|------------------------|---|--|--|--|
| Liberale Tradition | Spiegel | Repräsentationsmodell: Vertreter gesellschaftlicher Gruppen (proportional) | Verschiedene Kommunikationsstile zugelassen (unter Wahrung hinreichenden Respekts) | Abschluss der Debatte nach Feststellung des Mehrheitsinteresses |
| Deliberative Tradition | Diskussionsrunde | Partizipationsmodell: Einschluss aller betroffenen Gesellschaftsgruppen | Dialog, Respekt, Begründung, Zivilität | Abschluss durch argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung (oder Konsens) |
| Agonistische Tradition | Protestmarsch | Empowermentmodell: Einschluss aller unter besonderer Berücksichtigung subalternen Gruppen | Narration, Selbstexpression, Rhetorik | Vermeidung des Abschlusses, Offenhalten von autonomen Artikulationschancen |

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Peters 2007, 188; Ferree et al. 2002, 229; Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998, 37.

Die *liberale Tradition* normativer Öffentlichkeitsvorstellungen lässt sich mit der Spiegelmetapher auf den Punkt bringen. Die Funktion von Öffentlichkeit besteht demnach darin, das in der Gesellschaft

vorhandene Spektrum an Positionen und Sprechern proportional zu ihrer jeweiligen Stärke naturgetreu abzubilden. Man kann innerhalb der liberalen Tradition eine eher elitäre Vorstellung und eine eher inklusive Vorstellung von Repräsentation unterscheiden (vgl. Ferree et al. 2002).

Entscheidend ist in jedem Fall, dass die Repräsentation von Interessen und Positionen im Vordergrund steht und nicht besondere Anforderungen an die Qualität der Kommunikation oder ihr Ergebnis. Unter Wahrung eines Mindeststandards an gegenseitigem Respekt sind unterschiedliche, auch nichtdialogische Kommunikationsstile wie Verlautbarung und Agitation (vgl. Neidhardt 1994, 20) erlaubt. Debatten sollen abgeschlossen werden, sobald sich das Mehrheitsinteresse herauskristallisiert hat. Normative Öffentlichkeitsvorstellungen in der liberalen Tradition weisen zudem Ähnlichkeiten mit den betont nichtnormativen Konzepten von Öffentlichkeit innerhalb der soziologischen Systemtheorie auf, die auf die Ermöglichung gesellschaftlicher Selbstbeobachtung durch Öffentlichkeit abheben (vgl. etwa Luhmann 1996). Auch wenn verschiedene systemtheoretische Konzeptionen das in Rede stehende System unterschiedlich benennen (Massenmedien, Publizistik, Öffentlichkeit oder Journalismus) und die systemische Primärfunktion dementsprechend auch unterschiedlich bestimmen, steht in jedem Fall die Vorstellung Pate, dass gesellschaftliche Kommunikationen nur durch die Systemlogik der Öffentlichkeit gefiltert der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Es geht also um einen systemischen Konstruktionsprozess, auch wenn die Vorstellung einer unverzerrten Spiegelung, wie sie die Metapher nahelegt, aus systemtheoretischer Sicht nicht sinnvoll erscheinen mag.

Die *deliberative Tradition* folgt demgegenüber eher der Metapher einer Diskussionsrunde. Möglichst unterschiedliche Akteure sollen an der öffentlichen Kommunikation beteiligt werden. Vor allem aber sollen sie dialogisch und respektvoll aufeinander eingehen und dabei ihre eigenen Positionen nicht nur behaupten, sondern begründen und einen zivilen Kommunikationsstil an den Tag legen. Auf diese Art und Weise sollen gesellschaftliche Konflikte eingeehrt und in lösungsorientierte Debatten verwandelt werden. Das normative Ziel öffentlicher Kommunikation besteht darin, dass sich eine argumentativ erhärtete Mehrheitsmeinung herausbildet, wenn kein Konsens möglich ist (Wessler 2008a). Der Prozess öffentlicher Deliberation stellt eine Alternative zum Verhandeln einerseits und zur reinen erfolgsorientierten Rhetorik andererseits dar – wenngleich das Verhältnis zwischen diesen Kommunikationsformen komplex ist (vgl. Mansbridge et al. 2010; Saretzki 2009). Öffentlicher Deliberation werden dabei positive Effekte sowohl für die Qualität politischer Urteile und Entscheidungen (kognitiver Gewinn) als auch für den Zusammenhalt der Diskutierenden zugeschrieben (sozialintegrativer Gewinn).

Die *agonistische Tradition* schließlich dreht sich um den freien Selbstausdruck und die Selbstermächtigung insbesondere marginaler und unterdrückter Gruppen und Gemeinschaften (vgl. Mouffe 1999; Sanders 1997). Öffentlichkeit stellt sich metaphorisch als bunter Protestmarsch dar.

Robuste Konflikte über unterschiedliche Erfahrungen, Werte und Identitäten werden nicht nur als unvermeidlich, sondern als erwünscht angesehen. Öffentliche Kommunikation soll denn auch nicht zu einem besonderen Ziel führen, sondern die autonomen Artikulationschancen subalternen Gruppen dauerhaft offen halten. Das deliberative Modell von Öffentlichkeit wird in dieser Tradition häufig dafür kritisiert, dass es unzivile Ausdrucksformen abwerte und damit marginale Gruppen und militante Formen des Protests aus der Öffentlichkeit ausschließe. Emanzipativer Selbstausdruck umfasse aber notwendigerweise nichtargumentative Formen wie narrative Selbstoffenbarung, Rhetorik oder auch öffentliche Wertschätzung und Anerkennung (vgl. Young 2002).

Das deliberative Modell ist durchweg *anspruchsvoller* als das liberale, weil es die Anforderungen des liberalen Modells umfasst und noch weitere Anforderungen hinzufügt. Die agonistische Tradition hält demgegenüber die Anforderungen des deliberativen Modells nicht nur für unerreichbar (wie die liberale Tradition), sondern legt den Fokus auf *andersartige* Kriterien als die im deliberativen Modell formulierten. Dennoch haben sich verschiedene Autoren darum bemüht, Elemente des agonistischen Modells in das deliberative zu integrieren (Dryzek 2005; Young 2002).

Empiriefähigkeit und Forschungsbezug

Alle drei Traditionen normativer Öffentlichkeitstheorie sind empirisch anschlussfähig. Das heißt, dass sich die jeweils formulierten normativen Kriterien als Messlatten nutzen lassen, mit deren Hilfe die empirische Beschaffenheit von Öffentlichkeit(en) ermittelt und bewertet werden kann. Ein normatives Modell kann allerdings nicht mit dem Hinweis „ausgehebelt“ oder für unsinnig erklärt werden, dass die Realität ihm nicht entspricht; die Idealvorstellung kann trotzdem sinnvoll sein. Allerdings enthalten normative Theorien in der Regel empirische Annahmen über förderliche oder hinderliche Bedingungen für die Erreichung der jeweiligen normativen Werte, die sich wiederum empirisch untersuchen lassen. In den folgenden Abschnitten beschäftigen wir uns mit dieser Art von normativ angeleiteter und normativ relevanter empirischer Forschung. Wir betrachten dabei jeweils Deutschland im internationalen Vergleich und behandeln zunächst die Strukturen, dann die Inhalte und schließlich die Wirkungen des politischen Journalismus.

Strukturen des politischen Journalismus

Hallin und Mancini (2004) beschreiben Deutschland als dem sog. demokratisch-korporatistischen Modell des Zusammenspiels von Medien und Politik folgend. In ihrer einflussreichen Typologie machen sie das jeweils herrschende Modell an den Ausprägungen fest, die ein Land auf vier verschiedenen Makro-Dimensionen aufweist, mit denen die Interrelationen von Journalismus und Politik beschrieben werden können (→ Beitrag 1.4). Hinsichtlich der historischen *Entwicklung der Medienmärkte* sind für Deutschland insbesondere eine frühe und weite Verbreitung von

Tageszeitungen sowie eine fortwährende Stabilität und Akzeptanz öffentlich-rechtlicher Rundfunkangebote festzuhalten. Der *politische Parallelismus* der Medien ist insgesamt gemäßigt, mit einer erkennbaren Links-Rechts-Differenzierung nationaler Qualitätszeitungen und Nachrichtenmagazine, einer milden Form des externen Pluralismus zwischen den verschiedenen Landesrundfunkanstalten und einer auf Anbieterebene kaum erkennbaren politischen Differenzierung in den übrigen Medienbereichen. Die *journalistische Professionalisierung* wiederum ist in Deutschland vergleichsweise hoch. Bezüglich des Ausmaßes *staatlicher Intervention* lässt sich letztlich sagen, dass über die bestehende Grundsicherung von Presse- und Informationsfreiheit hinaus durch entsprechende Anti-Konzentrationsregeln inzwischen wirksam die Entstehung von Medienmonopolen, wie etwa in Italien zu beobachten war, verhindert wird. Jede dieser vier Dimensionen berührt spezifische Aspekte der Beziehungen des Journalismussystems zur Politik auf der Makroebene. Die Strukturen der Beziehung von Journalismus und Politik können jedoch auch auf der Mesoebene der Institution sowie auf der Mikroebene der Interaktion analysiert werden. Bezüglich der Mesoebene ist in Untersuchungen des Journalismus als gesellschaftlicher Institution ein Kernbefund immer wieder bestätigt und bekräftigt worden: Journalistische Nachrichten über Politik zeichnen sich durch eine starke inhaltliche und formale Homogenität aus. Die Ursache dafür wird seit den frühen Studien von Gans (1979) und Tuchman (1980) in institutionell geteilten Arbeitsverständnissen und -praktiken von Journalisten gesehen. Diese regulieren deren Beziehungen zur Politik, so zum Beispiel über die journalistische Ausgewogenheitsnorm oder die Fokussierung journalistischer Aufmerksamkeit auf prominente und einflussreiche politische Akteure (vgl. z.B. Krüger 2010). Wie diese Institutionalisierung journalistischer Praktiken sich als Übersetzung von Eigenschaften des Gesellschaftssystems in die spezifischen Rollenvorstellungen und Verhaltensweisen von Journalisten vollzieht ist in der jüngeren Journalismustheorie vor allem unter dem Banner des sogenannten *New Institutionalism* (Sparrow 1999; Cook 1998) untersucht worden. Dieser versteht Journalismus aus einer historischen Perspektive heraus als gesellschaftliche Institution, die neben prägenden gesellschaftlichen Makrokräften durch das kontingente Auftreten einschneidender Ereignisse und Umweltentwicklungen bestimmt ist. Hieraus folgt die Annahme einer starken Pfadabhängigkeit der Institution Journalismus, die solange zur Reproduktion neigt wie sie nicht durch interne oder externe „Schocks“ in ihrem Bestand gefährdet wird (Ryfe 2006). Wie institutionalisierte journalistische Rollenvorstellungen und Verhaltensweisen wiederum die Strukturen der Interaktion von Journalisten mit Politikern gestalten ist früh von Sigal (1973) untersucht worden. Er identifizierte eine Reihe Routinen journalistischer Arbeit, die den Umgang von Journalisten mit Politikakteuren regulieren. Dazu gehören die Orientierung an durch den Produktionsprozess vorgegebenen Deadlines, die Bevorzugung von persönlichen Quellenkontakten („legwork“) gegenüber intensiver Dokumentenrecherche und die redaktionsinterne Zuteilung von

Journalisten zu bestimmten, beispielsweise politikfeldspezifischen Informantennetzwerken („beats“). Bemerkenswert ist, dass die von Sigal für den US-amerikanischen Kontext der 1970er Jahre festgestellten Strukturen der Interaktion von Journalisten und Politikern zum Teil stark den in einer Reihe jüngerer Studien im deutschsprachigen Raum untersuchten ähneln.

Ob der Austausch zwischen Journalismus und Politik dabei vorrangig über Interaktionen der jeweiligen Eliten (Hoffmann 2003; Krüger 2013) oder gleichermaßen über weniger statushohe Akteure organisiert ist (Rinke et al. 2006) ist umstritten. Fest steht, dass die wechselseitige Durchdringung („Interpenetration“) beider Systeme erkennbare Strukturen informeller Interaktion hervorbringt. Hierzu zählen zum Beispiel von Journalisten organisierte Hintergrundkreise, von Politikern initiierte Hintergrundgespräche sowie die Begleitung von Politikern auf Auslandsreisen durch Journalisten (Lesmeister 2008). Ebenfalls erstreckt sich die Institutionalisierung des informellen Austauschs zwischen Journalismus und Politik auf die Ausbildung eigener Sprachcodes (Rinke et al. 2006). Bei alledem variiert sie jedoch zum Teil stark mit dem Handlungskontext. So können sich die Strukturen des Umgangs von Journalisten und Politikern zwischen Ländern (Burgert 2010), Politikfeldern (Wenzler 2009) und Politikebenen (Larsson 2002) unterscheiden.

Inhalte des politischen Journalismus

Im Hinblick auf die in den Qualitätszeitungen zu Wort kommenden *Sprecher* sind in Deutschland staatliche Akteure stärker vertreten als in angelsächsischen Ländern (Wessler 2008b, 232; Ferree et al. 2002, 90), wo umgekehrt zivilgesellschaftliche Gruppen und „einfache Bürger“ häufiger in den Qualitätszeitungen zu Wort kommen. Eine gewisse etatistische Tradition scheint sich also nach wie vor durchzusetzen, sodass die deutschen Qualitätszeitungen den Partizipations- und Empowerment-Forderungen des deliberativen bzw. des agonistischen Modells etwas weniger nachkommen als ihre angelsächsischen Pendanten. Das in den deutschen Fernsehnachrichten zu Wort kommende Sprecherensemble unterscheidet sich dagegen kaum von dem Sprecherensemble in US-amerikanischen (und russischen) Fernsehnachrichten (Wessler & Rinke 2013a). Allerdings zeigen sich in der Prominenz staatlicher Sprecher in den deutschen Fernsehnachrichten starke Unterschiede zwischen einzelnen Sendern: Die öffentlich-rechtliche ARD gibt staatlichen Sprechern deutlich mehr Gewicht als die kommerziellen Sender RTL und n-tv. Auch insgesamt ist der Anteil politischer Themen in den Nachrichten der ARD deutlich höher als bei der kommerziellen Konkurrenz.

Mit Blick auf das *Wie* der öffentlichen Kommunikation, insbesondere die deliberative Qualität von Medieninhalten, weist die existierende Literatur keine bemerkenswerten Niveauunterschiede zwischen den Routinen des deutschen Journalismus und denen anderer westlicher Länder aus. Sie lenkt den Blick vielmehr auf Besonderheiten der journalistischen Kultur. Viel Aufmerksamkeit hat dabei die Frage erhalten, wie einseitig oder ausgewogen die Medienberichterstattung ist. Eine Form,

gegenläufige Positionen transparent zu machen, besteht darin, „beide Seiten“ eines Konflikts in ein und demselben Zeitungsartikel oder ein und derselben Fernsehnachricht zu Wort kommen zu lassen. Diese Form debattenartiger Darstellung eines Disputs findet sich eher in (Teil-)Systemen mit internem Pluralismus, in denen einzelne Medien versuchen, den Meinungspluralismus intern abzubilden. So zeigen Ferree et al. (2002, 240) am Beispiel der Abtreibungsdebatte, dass die binnenplural strukturierten US-Qualitätszeitungen einen größeren Anteil an nachrichtlichen Artikeln mit widerstreitenden Meinungen aufweisen, während in den politisch stärker identifizierbaren deutschen Qualitätszeitungen häufiger Nachrichten mit nur einer Meinungsrichtung auftauchen. Dies verweist auf einen Unterschied in der journalistischen Arbeitsweise, bedeutet jedoch nicht, dass die deutschen Zeitungen deshalb grundsätzlich weniger deliberativ wären. Denn Ferree et al. (2002) weisen auch nach, dass „debate-style articles“, wie sie in den US-Zeitungen häufiger vorkamen, sowohl höhere Anteile direkter argumentativer Bezugnahme („rebuttal“) aufweisen als auch höhere Anteile unziviler, herabsetzender Äußerungen („hot-button language“) zwischen den Akteuren. Debattenartikel unterstützen also zugleich deliberative und respekt/lose „Interaktionen“ zwischen Sprechern.

Auch die vergleichende Analyse der Deliberativität von Fernsehnachrichten von Wessler und Rinke (2013a) findet in deutschen Sendern etwas weniger Nachrichtenbeiträge mit gegenläufigen Positionen (das Äquivalent zu *debate-style articles*) und etwas weniger Sprecheräußerungen, die sich explizit auf eine gegenläufige Äußerung beziehen (das Äquivalent zu *rebuttals*), als in US-amerikanischen Fernsehsendern. Umgekehrt weisen die deutschen Fernsehnachrichten einen größeren Anteil von Beiträgen auf, in denen Debatten im Vorfeld einer bestimmten politischen Entscheidung präsentiert werden. In den US-Sendern bezieht sich ein größerer Teil der politischen Nachrichten gar nicht auf eine politische Entscheidung oder präsentiert Diskussionen im Anschluss an bereits getroffene Entscheidungen. Debatten im Vorfeld sind von größerem Wert für die Öffentlichkeit als Ganze, weil sie es ermöglichen, dass sich Bürger und Entscheidungsträger in ihren Urteilen und Entscheidungen an den vorgebrachten Argumenten orientieren können. Sowohl in den USA als auch in Deutschland schneiden die öffentlich organisierten Sender bei fast allen Qualitätskriterien besser ab als ihre kommerziellen Konkurrenten (Wessler & Rinke 2013a). Aalberg, van Aelst und Curran (2010) zeigen im Zeit- und Ländervergleich, dass der Grad der Kommerzialisierung eines Mediensystems negativ assoziiert ist mit dem Ausmaß politischer Informationen, die es bereitstellt: Je marktorientierter Medien sind, desto weniger leisten sie an politischer Berichterstattung. Dabei weisen die ländervergleichenden Befunde darauf hin, dass eine starke Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im gesamten Mediensystem – so wie es in Deutschland der Fall ist – nicht etwa, wie häufig behauptet wird, eine Verabschiedung des privaten

Rundfunks aus der aktuellen Nachrichtenberichterstattung nach sich zieht. Im Gegenteil bieten in diesen Ländern auch private Sender durchschnittlich *mehr* politische Berichterstattung an. Neben Nachrichten in Printmedien und Fernsehen sind es vor allem politische Fernsehtalkshows, die die Bürger mit gesellschaftsweit relevanten Themen in Berührung bringen und insofern für die Konstitution von Öffentlichkeit wichtig sind. Auch wenn es zur Qualität von Talkshows bislang keine international vergleichende Forschung gibt, kann man sagen, dass Deutschland in diesem Bereich ein differenziertes Angebot aufweist, das von Politikerauftritten in Unterhaltungstalkshows über die Polit-Talks am Abend („Hart aber fair“, „Maybrit Illner“ etc.) bis zu politischen Expertengesprächen wie z.B. dem „Presseclub“ reicht. Schultz (2006) zeigt auf, worin ein öffentlichkeitsrelevanter Beitrag von politischen Fernsehtalkshows bestehen kann: in einem mittleren Niveau der journalistischen Intervention und im Stellen von Rechtfertigungsfragen, die die beteiligten Politiker dazu anhalten, ihre Positionen nicht nur zu äußern, sondern auch zu begründen. Ein zu großes Maß an Konfrontativität zwischen den Beteiligten ist dagegen der Akzeptanz unterschiedlicher möglicher Standpunkte abträglich (vgl. Mutz 2007).

Wirkungen des politischen Journalismus

In einem Vergleich der Inhalte und Wirkungen von Nachrichten in der Schweiz und den USA finden Iyengar et al. (2009), dass mehr „harte“ Nachrichten zu einem insgesamt höheren Niveau *politischen Wissens* in der Gesamtgesellschaft sowie zu einem stärkeren Zusammenhang von Nachrichtennutzung mit individuellem politischem Wissen führen. Damit eng verbunden ist der Befund, dass ein Mediensystem mit öffentlich-rechtlichem Einfluss Ungleichheiten hinsichtlich des politischen Wissens in der Gesellschaft zu verringern im Stande ist. Ähnlich kommen Curran et al. (2009) in einem Vergleich verschiedener Mediensystemmodelle in vier Ländern (Dänemark, Finnland, Großbritannien und die USA) zu dem Schluss, dass ein durch einen öffentlichen Auftrag gelenktes öffentlich-rechtliches System Nachrichten im Durchschnitt mehr Aufmerksamkeit schenkt und diese prominenter platziert, was die Auseinandersetzung mit politischen Fragen in der Bevölkerung fördert und letztlich zu geringeren Ungleichheiten zwischen sozioökonomisch starken und benachteiligten Bevölkerungsgruppen hinsichtlich des politischen Wissens führt. Etwas detailliertere Ergebnisse zu der Frage nach Medienwirkungen auf politisches Wissen präsentieren Holtz-Bacha und Norris (2001). Sie bestätigen das Bild eines allgemein positiven Zusammenhangs der Nutzung öffentlich-rechtlicher Sender mit politischem Wissen. Jedoch zeigen sie in ihrer Studie über 15 europäische Länder für Deutschland ein Muster, demzufolge die Nutzung von Nachrichtenformaten *per se* wichtiger ist für das Niveau politischen Wissens als eine Nutzung von öffentlich-rechtlichen Sendern. Vor dem Hintergrund des dualen Rundfunksystems in Deutschland und seiner genannten Folgen ist die Entwicklung hin zu einem sog. *high choice media environment* (Prior 2007) relevant, in dem eine

Vielzahl an Kanälen für die Bürger verfügbar ist und die als Ergebnis eines „neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit“ bezeichnet werden kann (Imhof 2006). Mit dieser Entwicklung steigt die Relevanz von einander verstärkenden Spiralprozessen (*reinforcing spirals*, vgl. Slater 2007), in denen kognitive und soziale Voraussetzungen, mit denen Menschen sich Medienangeboten zuwenden, zunehmend die Folgen der Mediennutzung vorbestimmen. Dies kann zu *virtuous circles* (Norris 2000) führen, in denen Medien entsprechend prädestinierte Nutzer „belohnen“, bspw. mit Wissenszugewinnen. Die großen Wahlmöglichkeiten können aber auch zu Abwärtsspiralen führen, in denen die sozioökonomische Position von Individuen verfestigt bzw. die soziale Mobilität in der Gesellschaft durch die Struktur der Medienangebote und deren Nutzung insgesamt verringert wird.

Mit Blick auf das *politische Vertrauen* der Bürger gegenüber dem politischen System und den Politikern ist zu vermuten, dass die Wahrscheinlichkeit von „Zynismusspiralen“ (Cappella & Jamieson 1997) ansteigt, in denen eine zynische Politikberichterstattung, beispielsweise über die vermeintlich rein eigennützigen Handlungsmotive von Politikern, ein zunehmend zynisches Bürgerpublikum hervorbringt. Dieser allgemein in den entwickelten westlichen Demokratien zu beobachtende Trend dürfte in Deutschland jedoch durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gedämpft sein, der sich Prozessen der Boulevardisierung von Politikberichterstattung nach wie vor bis zu einem gewissen Grad entzieht.

Im Hinblick auf die *politische Polarisierung* und *Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen* sei daran erinnert, dass das deutsche Mediensystem durch einen mäßigen politischen Parallelismus geprägt ist (vgl. Hallin & Mancini 2004). Im Lichte international vergleichender Untersuchungen kann davon ausgegangen werden, dass das deutsche Mediensystem im Großen und Ganzen daher die deutsche Bevölkerung relativ stark mit widerstreitenden politischen Ansichten konfrontiert (vgl. Goldman & Mutz 2011). Eine solche *exposure to disagreement* hat sich in verschiedenen Studien als zuträglich für die Wahrnehmung politischer Opposition als legitimem Bestandteil demokratischer Prozesse erwiesen (Mutz 2007). Jedoch nähren die steigenden Wahlmöglichkeiten im politischen Informationssystem Deutschlands Befürchtungen einer ebenso ansteigenden selektiven Zuwendung zu Medieninhalten, die den eigenen politischen Vorlieben entsprechen. Solchermaßen erleichterte Selektivität in der Nutzung politischer Medienangebote birgt dabei das Potenzial einer „Cyber-Balkanisierung“ sowie die Gefahr zunehmender *enclave deliberation* – voneinander isolierter Diskussionen politisch Gleichgesinnter. Erneut ist in diesem Zusammenhang jedoch anzunehmen, dass solche Tendenzen in der deutschen Öffentlichkeit, im Vergleich zu rein marktförmig organisierten Mediensystemen, geringer ausgeprägt sind (vgl. Sunstein 2007). Weiterhin werden solche Tendenzen zur Fragmentierung der deutschen politischen Öffentlichkeit dadurch abgemildert, dass

- die Strukturen von Online-Medienangeboten jene etablierter massenmedialer Angebote zum großen Teil widerspiegeln;
- Menschen im Allgemeinen zwar selektive Zuwendung zu politisch genehmen Medieninhalten betreiben mögen, weniger aber eine selektive Vermeidung dissonanter Online-Medieninhalte (siehe Garrett 2009);
- die relativ geringe Polarisierung der politischen Eliten und der politischen Kultur in Deutschland einerseits politische Selbstidentifikationen von Bürgern weniger eindeutig und dauerhaft macht und andererseits eine auf einfachen *cues* basierende Identifikation der politischen Ausrichtung von Medienangeboten erschwert.

Schließlich sind auch die Folgen von Öffentlichkeitsstrukturen für das Niveau des *politischen und bürgerschaftlichen Engagements* in der Gesellschaft wiederholt Gegenstand empirischer Forschung geworden. So zeigt eine jüngere vergleichende Studie von 74 Ländern, dass eine öffentlich-rechtliche Organisation des Rundfunksystems die Wahlbeteiligung im Durchschnitt steigert, weil in Rundfunksystemen, die einem öffentlichen Auftrag dienen, die Kosten politischer Information für die Bürger systematisch gesenkt werden (Baek 2009). Wie die hinsichtlich Datenbasis und -analyse vermutlich stärkste empirische Studie zum Zusammenhang von Internetnutzung und politischer Mobilisierung in Deutschland zeigt, wird durch eine Nutzung des Internets die politische Mobilisierung der deutschen Bevölkerung zwar moderat gesteigert. Diese Wirkung ist aber ungleich über die Bevölkerung verteilt, wodurch soziale Ungleichheiten hinsichtlich des Niveaus der politischen Aktivierung durch die Veränderung der gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen mit Aufkommen des Internets eher verstärkt als abgebaut werden (Kroh & Neiss 2012). Auch in dieser Hinsicht kann also von einer *reinforcing spiral* gesprochen werden. Eine wichtige Ausnahme von diesem Trend sind allerdings die Ungleichheiten zwischen verschiedenen Altersgruppen hinsichtlich ihrer durchschnittlichen politischen Aktivierung: Junge Deutsche nutzen das Internet (bislang) häufiger als alte und erfahren hierdurch einen größeren Zuwachs an politischem Interesse als ältere Bürger (vgl. Kroh & Neiss 2012). Das politische Interesse gleicht sich dadurch intergenerationell also ein Stück weit an.

Fazit und Ausblick

Wir haben in diesem Beitrag versucht, die unterschiedlichen Traditionen normativer Theoriebildung über demokratische Öffentlichkeit für ein komplexes *normative assessment* der Interrelation von Journalismus und Politik in Deutschland fruchtbar zu machen. Die Maßstäbe, die wir dabei an den Journalismus anlegen, sind jeweils nicht absolut gesetzt. Vielmehr ergibt sich die normative Bewertung der strukturellen, inhaltlichen und Wirkungs-Aspekte durchweg aus dem Vergleich

Deutschlands mit anderen demokratischen Ländern. Mit aller gebotenen Vorsicht lassen sich die vorliegenden Erkenntnisse wie folgt zusammen fassen.

Im Bereich der *Medienstrukturen* vereinigt das in Deutschland anzutreffende demokratisch-korporatistische Modell einen gemäßigten politischen Parallelismus und eine stark ausgeprägte journalistische Professionalisierung mit einer historisch frühen und weiten Verbreitung meinungsbildender Medien sowie deutlicher staatlicher Intervention im Medienbereich, die sich insbesondere in einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem niederschlägt. Journalistischer Professionalisierungsgrad und öffentlicher Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien sind es denn auch, die Gefahren eines etwaigen Autonomieverlustes des Journalismus angesichts einer durch dichte Strukturen informellen Austauschs mit Politikakteuren geschaffenen Nähe vorbeugen.

Insgesamt bietet das deutsche Modell des Verhältnisses von Journalismus und Politik gegenüber rein kommerziellen und politisch stärker polarisierten Systemen vergleichsweise gute Voraussetzungen für anspruchsvolle *Medienleistungen*. In puncto Inklusivität des in der Berichterstattung zu Wort kommenden Sprecherensembles kommt der deutsche Journalismus den Partizipationsforderungen des deliberativen und vor allem des agonistischen Modells im Ganzen etwas weniger gut nach als angelsächsische Länder, während es bei der Deliberativität des Medieninhalts keine gravierenden Niveauunterschiede zu ihnen zu geben scheint. Vielmehr zeigen sich deutliche Anzeichen für eine spezifische journalistische Kultur und Arbeitsweise, die eine vergleichsweise starke

Politikfokussierung verbindet mit gemäßigten Formen des Außenpluralismus (im Printbereich), des Innenpluralismus (im Rundfunkbereich) sowie einer relativ starken Gemeinwohlorientierung. Im Bereich der politischen *Medienwirkungen* kommt es durch den strukturell starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die relative Politikfokussierung des Journalismus zu einem vergleichsweise hohen Niveau politischen Wissens bei den Bürgern. Der gemäßigte politische Parallelismus führt zu gebremsten Formen politischer Polarisierung, die einer möglichen kommunikativen Abschottung voneinander getrennter politischer Lager vorerst enge Grenzen setzt. Auch leistet das deutsche System extremen Formen des politischen Zynismus und einem drastischen Schwund der politischen Mobilisierung keinen Vorschub. Durch die im Vergleich mit rein kommerziellen Systemen gedämpfte Marktabhängigkeit des deutschen Journalismus, insbesondere durch die starke Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ist zudem die systemische Stabilität noch immer relativ hoch.

Ökonomische Krisen und technologische Innovationen wirken sich im internationalen Vergleich in Deutschland verlangsamt und abgeschwächt aus.

Für die weitere Entwicklung der normativ ausgerichteten Theoriebildung zum Verhältnis von Journalismus und Politik bieten die hier zusammengetragenen Erkenntnisse eine Reihe von wichtigen Anknüpfungspunkten. Zum einen ist die Datenbasis, insbesondere die Verfügbarkeit komparativer Daten, sowohl im Hinblick auf normativ relevante Medienleistungen als auch vor allem bei den

normativ folgenreichen Medienwirkungen immer noch recht beschränkt. Hier gibt es auch in Zukunft noch viel zu tun. Zum Zweiten werden empirische Erkenntnisse in der einschlägigen Literatur bislang nur selten im Lichte *konkurrierender* normativer Perspektiven entwickelt und interpretiert. Ein systematisches und multiperspektivisches „normative assessment“, wie es von Althaus (2012) für die Forschung zur politischen Kommunikation zu Recht gefordert und von Ferree et al. (2002) sowie von Mutz (2006) ansatzweise entwickelt wird, findet deshalb viel zu selten statt. Drittens schließlich sollte die festgestellte relative Gemäßigkeit des deutschen Systems nicht dazu verleiten, das „Ausfransen“ des journalistisch-politischen Kommunikationsprozesses an seinen Rändern zu ignorieren. Ganz im Gegenteil: Eine wichtige Zukunftsaufgabe der normativ orientierten Journalismusforschung, wie wir sie hier vorgestellt haben, besteht darin, die Autonomisierung politischer Kommunikationsprozesse im Internet vom etablierten System des politischen Journalismus offen und kritisch zu begleiten. Auch relativ stabile System kennen bisweilen Umschlagpunkte, an denen schrittweiser Wandel in Systemwechsel umkippt. Es wäre ein Ausweis wissenschaftlicher Reife, wenn die Journalismusforschung von solchen Prozessen nicht überrascht würde.

Weiterführende Lektüre

Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J. & Rucht, D. (2002): *Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Diese wegweisende Studie analysiert am Beispiel der Medienberichterstattung zum Thema „Abtreibung“ Unterschiede zwischen den Öffentlichkeitssystemen Deutschlands und der USA aus dem Blickwinkel mehrerer Demokratietheorien.

Hallin, D. C. & Mancini, P. (2004): *Comparing media systems: Three models of media and politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Dieser Band präsentiert Hallin und Mancinis empirische Typologie der Beziehungen von Journalismus- und Politiksystem. Diese ist seit Veröffentlichung international zum Standardmodell von Journalismus und Politik avanciert und dadurch bereits heute als Klassiker zu bezeichnen.

Peters, B. (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Herausgegeben von Hartmut Wessler, mit einem Vorwort von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Dieser Band versammelt die wichtigsten Beiträge Bernhard Peters zur Öffentlichkeitsforschung. Dabei steht er exemplarisch für ein Programm der Integration deskriptiv wie normativ anspruchsvoller Theoriebildung zu Journalismus und Politik mit einer rigoros verfahrenen empirischen Kommunikationsforschung.

Literaturverzeichnis

- Aalberg, T., van Aelst, P. & Curran, J. (2010): Media systems and the political information environment: A cross-national comparison. *International Journal of Press/Politics*, 15(3), 255-271.
- Althaus, S. L. (2012): What's good and bad in political communication research? Normative standards for evaluating media and citizen performance. In: H. A. Semetko & M. Scammell (Hrsg.), *Sage handbook of political communication*. London: Sage, 97-112.
- Baek, M. (2009): A comparative analysis of political communication systems and voter turnout. *American Journal of Political Science*, 53(2), 376-393.
- Burgert, D. (2010): Politisch-mediale Beziehungsgeflechte: Ein Vergleich politikfeldspezifischer Kommunikationskulturen in Deutschland und Frankreich. Berlin: LIT Verlag.
- Cappella, J. N. & Jamieson, K. H. (1997): *Spiral of cynicism: The press and the public good*. New York: Oxford University Press.
- Cook, T. (1998): *Governing with the news: The news media as a political institution*. Chicago: University of Chicago Press.
- Curran, J., Iyengar, S., Lund, A. B. & Salovaara-Moring, I. (2009): Media system, public knowledge and democracy: A comparative study. *European Journal of Communication*, 24(1), 5-26.
- Dryzek, J. S. (2005): Deliberative democracy in divided societies: Alternatives to agonism and analgesia. *Political Theory*, 33(2), 218-242.
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J. & Rucht, D. (2002): *Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gans, H. J. (1979): *Deciding what's news: A study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek, and Time*. New York: Pantheon.
- Garrett, R. K. (2009): Politically motivated reinforcement seeking: Reframing the selective exposure debate. *Journal of Communication*, 59(4), 676-699.
- Gerhards, J., Neidhardt, F. & Rucht, D. (1998): *Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Goldman, S. K. & Mutz, D. C. (2011): The Friendly Media Phenomenon: A cross-national analysis of cross-cutting exposure. *Political Communication*, 28(1), 42-66.
- Hallin, D. C. & Mancini, P. (2004): *Comparing media systems: Three models of media and politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoffmann, J. (2003): *Inszenierung und Interpenetration: Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Holtz-Bacha, C. & Norris, P. (2001): "To entertain, inform, and educate": Still the role of public television. *Political Communication*, 18(2), 123-140.
- Imhof, K. (2006): Mediengesellschaft und Medialisierung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 54(2), 191-215.
- Iyengar, S., Hahn, K. S., Bonfadelli, H. & Marr, M. (2009): "Dark areas of ignorance" revisited: Comparing international affairs knowledge in Switzerland and the United States. *Communication Research*, 36(3), 341-358.
- Kroh, M. & Neiss, H. (2012): On the causal nature of the relationship between Internet access and political engagement: Evidence from German panel data. In: E. Anduiza, M. J. Jensen & L. Jorba (Hrsg.), *Digital media and political engagement worldwide: A comparative study*. Cambridge: Cambridge University Press, 160-177.
- Krüger, U. (2013): *Meinungsmacht: Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten: Eine kritische Netzwerkanalyse*. Köln: Herbert von Halem.
- Krüger, U. M. (2010): Wahlinformationen im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen 2009. *Media Perspektiven*, (2), 50-72.
- Larsson, L. (2002): Journalists and politicians: A relationship requiring manoeuvring space. *Journalism Studies*, 3(1), 21-33.
- Lesmeister, C. (2008): *Informelle politische Kommunikationskultur: Hinter den Kulissen politisch-medialer Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, N. (2006): *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mansbridge, J., Bohman, J., Chambers, S., Estlund, D., Føllesdal, A., Fung, A., Lafont, C. et al. (2010): The place of self-interest and the role of power in deliberative democracy. *Journal of Political Philosophy*, 18(1), 64-100.
- Marcinkowski, F. (1993): *Publizistik als autopoetisches System: Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mouffe, C. (1999): Deliberative democracy or agonistic pluralism? *Social Research*, 66(3), 745-758.
- Mutz, D. C. (2006): *Hearing the other side: Deliberative versus participatory democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mutz, D. C. (2007): Effects of "in-your-face" television discourse on perceptions of a legitimate opposition. *American Political Science Review*, 101(4), 621-635.
- Neidhardt, F. (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: F. Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.
- Norris, P. (2000): *A virtuous circle: Political communications in post-industrial democracies*. New York: Cambridge University Press.

- Peters, B. (2007): Der Sinn von Öffentlichkeit. Herausgegeben von Hartmut Wessler, mit einem Vorwort von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Prior, M. (2007): Post-broadcast democracy: How media choice increases inequality in political involvement and polarizes elections. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rinke, E. M., Schlachter, M., Agel, F., Freund, C., Götz, T., Täuber, U. & Wächter, C. (2006): Netzwerk Berlin: Informelle Interpenetration von Politik und Journalismus. München: Meidenbauer.
- Ryfe, D. M. (2006): Guest editor's introduction: New institutionalism and the news. *Political Communication*, 23(2), 135-144.
- Sanders, L. M. (1997): Against deliberation. *Political Theory*, 25(3), 347-376.
- Sarcinelli, U. (1998): Demokratietheoretische Bezugsgrößen: Legitimität. In: O. Jarren, U. Sarcinelli & U. Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 253-274.
- Saretzki, T. (2009): From bargaining to arguing, from strategic to communicative action? Theoretical distinctions and methodological problems in empirical studies of deliberative policy processes. *Critical Policy Studies*, 3(2), 153-183.
- Schultz, T. (2006): Geschwätz oder Diskurs? Die Rationalität politischer Talkshows im Fernsehen. Köln: Herbert von Halem.
- Sigal, L. V. (1973): Reporters and officials: The organization and politics of newsmaking. Lexington: D. C. Heath.
- Slater, M. D. (2007): Reinforcing spirals: The mutual influence of media selectivity and media effects and their impact on individual behavior and social identity." *Communication Theory* 17(3), 281-303.
- Sparrow, B. H. (1999): Uncertain guardians: The news media as a political institution. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Sunstein, C. (2007): Republic.com 2.0. Princeton: Princeton University Press.
- Tuchman, G. (1980): Making news: A study in the construction of reality. New York: Free Press.
- Wenzler, M. (2009): Journalisten und Eliten: Das Entstehen journalistischer Nachrichten über Energie- und Kulturpolitik. Konstanz: UVK.
- Wessler, H. (2008a): Investigating deliberativeness comparatively. *Political Communication*, 25(1), 1-22.
- Wessler, H. (2008b): Mediale Diskursöffentlichkeiten im internationalen Vergleich – ein Forschungsprogramm. In: G. Melischek, J. Seethaler & J. Wilke (Hrsg.): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich: Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 219-236.

Wessler, H. & Rinke, E. M. (2013a): Deliberative strengths and weaknesses in television news: Insights from the US, Germany, and Russia." Vortrag auf der Jahreskonferenz der International Communication Association, London.

Wessler, H. & Rinke, E. M. (2013b): Öffentlichkeit. In: S. Mau & N. M. Schöneck (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands (3. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS, 637-650.

Young, I. M. (2000): Inclusion and democracy. New York: Oxford University Press.

Kurzzusammenfassung

Die Interrelation von Journalismus und Politik ist, in einem anspruchsvollen Sinn, zentral für das Funktionieren von Demokratie. Das Kapitel gibt eine Übersicht der wichtigsten normativ-theoretischen Ansprüche an diese Interrelation sowie relevanter empirischer Befunde zu ihr. Es beschreibt zunächst drei zentrale normative Demokratiemodelle und präsentiert sodann Ergebnisse normativ angeleiteter und relevanter empirischer Forschung zu den Beziehungen von Journalismus und Politik. Wir betrachten dabei jeweils Deutschland im internationalen Vergleich und behandeln zunächst die Strukturen, dann die Inhalte und schließlich die Wirkungen des politischen Journalismus.

Kurz-CVs

HARTMUT WESSLER, Dr. phil., geb. 1965, Professor am Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Mannheim. Forschungsschwerpunkte: vergleichende und transnationale Kommunikationsforschung; politische Kommunikation; Öffentlichkeitstheorien; Medien und gesellschaftliche Integration. Email: wessler@uni-mannheim.de. WWW: <http://mkw.uni-mannheim.de/wessler>.

EIKE MARK RINKE, MA, geb. 1982, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Mannheim. Forschungsschwerpunkte: politische Kommunikation; Kommunikationswirkungen; medienvermittelte Deliberation; internationale Kommunikation. Email: rinke@uni-mannheim.de. WWW: <http://mkw.uni-mannheim.de/rinke>.